

Bezugspreis:
Hietrichstr. 68. — M. monatl. 10. — 3/4
Jahres 120. — M. einjährig 1.200. — M.
Bezugspreis für den Ausland für
Frankfurt, Danzig, das Saar und
Pommern, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete. — M. 1.200. — M.
Ligaria und Zugumhang 20. — M. für
das Abteil Ausland 27. — M. Post-
bestellungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschad, Elmalat, Däne-
mark, Holland, Rußland, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Stellung und Meinungen“
erscheint wöchentlich zweimal, Son-
tags und Montags einmal.
Telegraphisch: „Vorwärts“
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenspreis:
Die achtspaltigen Nonpareilzeilen
betragen 1,20 M. „Kleine Anzeigen“
das letzte Blatt 1,20 M. (zu-
läufig zwei festgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 1. — M. Stellengänge
und Schlafstellenanzeigen das erste
Wort 1. — M. jedes weitere Wort
10 Hg. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Klammern 20 Hg. 1. — M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsgeld.
Anzeigen für die nächste Nummer
erlösen bis 3 Uhr nachmittags im
Gesamtschick Berlin SW 68. Ein-
drucke 2. abgegeben werden. Gestalt
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 151 95-97
Expedition Moritzplatz 117 53-54

Mittwoch, den 13. Juli 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Verlag, Expedition und Zentrale-
Abteilung Moritzplatz 117 53-54

Nichtanrechnung deutscher Schiffe.

Paris, 13. Juli. (CC.) Die Reparationskommission hat ent-
schieden, daß Peru über die von ihm beschlagnahmten deutschen
Schiffe selbst verfügen könne und sie Deutschland nicht auf
Wiedergutmachungskonto angerechnet werden.

Da die Beschlagnahme in Peru unter den gleichen Umständen
wie in Nordamerika erfolgt ist — wenn auch Peru die Pariser Be-
stimmungen ratifiziert hat und USA nicht —, so ist zu erwarten, daß
auch die 600 000 Tonnen deutscher Schiffe, die in Nordamerika be-
schlagnahmt worden sind, Deutschland nicht auf das Reparationskonto
angerechnet werden.

Durch diese Entscheidung wird auch den Hoffnungen auf Ver-
setzung der Beute unter die Alliierten ein Ende bereitet.

Harding fordert Schuldentilgung.

Paris, 13. Juli. (CC.) Harding genehmigte das von 496
auf 410 Millionen herabgesetzte Marinebudget, lehnte aber Prä-
mien für Kriegsteilnehmer ab. In einer Vorlesung darüber
sagt er, daß diese Prämien das Wiederanstreben des ameri-
kanischen Geschäftslebens verhindern werden. Eine Verminderung
der Steuern für unmöglich. Man könne nicht 1 Million ehemaliger
Soldaten eine beträchtliche Geldleistung zukommen lassen, während
Millionen anderer Männer arbeitslos seien. Das amerikanische
Schahamt könne diese Prämie nicht bezahlen. Erst wenn die
Alliierten ihre Schulden an die Vereinigten Staaten be-
zahlen hätten, wäre es möglich, den früheren Kriegsteilnehmern eine
Prämie zukommen zu lassen. Was die auswärtigen Schulden anbe-
trifft, so erklärte der Präsident, daß ihre Nichtbezahlung zum
Weltbankrott führen würde. Harding ist von der Notwendigkeit
dieser Dinge für die Wiederherstellung der Finanzlage der Verei-
inigten Staaten überzeugt: 1. Herabsetzung der amerikanischen
Steuern; 2. Bezahlung der amerikanischen Kriegsschulden; 3. Rück-
zahlung der auswärtigen Anleihen. Es sei unbedingt notwendig,
diese drei Probleme zu lösen, ehe das amerikanische Schahamt Ver-
pflichtungen eingehen könne, wie sie ihm der Gesandtschaftsbericht
über die Zahlung von Prämien an die früheren Kriegsteilnehmer zumuten
würde.

Die Abrüstungsaktion.

Nach der „Chicago Tribune“ hat Harding absichtlich durch
seine Konferenzeinladung den Anträgen des Senators Borah vor-
gegriffen, denen zufolge der Präsident aufgefordert werden sollte,
mit England und Japan über einen Flottensievertag zu verhandeln.
Der Präsident sei nicht willens gewesen, die Verhandlungen der-
maßen einzuzwingen und habe deshalb seinen weitergehenden Plan
bekanntgegeben.

Zur Abrüstungskonferenz wollen Briand und Lloyd George an-
geblüh selbst hinfahren; sie soll im Herbst, vielleicht am Waffenstill-
landstag, dem 11. November, beginnen. Von der Teilnahme Food
wird noch nichts gemeldet.

Paris, 13. Juli. (CC.) Der Konferenz ist ein ausgedehntes
Programm zugeordnet; es handelt sich zunächst darum, alle Möglich-
keiten zu beseitigen, die zu internationalen Reibungen führen
könnten. Zweitens soll die Verwendung giftiger Gase in einem
künftigen Kriege verhindert und der Gebrauch von Flugzeugen mög-
lichst eingeschränkt werden. Als dritter Punkt wird die Frage der
offenen Tür in Sibirien und China behandelt werden. Die chinesische
Angelegenheit wird am schwersten zu lösen sein, da sich hier die
Interessen Japans und die der Vereinigten Staaten äußerst scharf
gegenüberstehen.

Unklar ist bis jetzt noch die Haltung, die Frankreich der
Frage der Abrüstung zu Lande gegenüber einnehmen wird. Im
„Echo de Paris“ kann Bertinaz seine schweren Bedenken gegen
diese Art der Abrüstung nicht verhehlen; man müßte sich zunächst
fragen, ob die Mächte schon jetzt zugestehen wollten, daß Frankreich,
dem in erster Linie die Sicherung der Durchführung der Versailler
Bestimmungen zufällt, auf eine bevorzugte Behandlung Anrecht
haben wird; ob man sich in Washington nicht besser auf die Frage
der Abrüstung zur See beschränken solle und ob Frankreich hieran
nicht mit dem gleichen Rechte teilnehmen solle wie die anderen
Staaten. Bertinaz nimmt an, daß, wie seinerzeit

zwischen Wilson und Lloyd George besondere Abmachungen
getroffen worden seien, die den Zweck hätten, England zur Aufgabe
der Allianz mit Japan zu veranlassen, die für England doch eine
Verlegenheit bedeute. Außerdem fürchtet Bertinaz, daß Amerika
und England zwar alle Abmachungen von Versailles annehmen wer-
den, daß sie aber die darin enthaltenen Verpflichtungen verringern
wöchten. Für Frankreich gebe es vor, während und nach der Ab-
rüstungskonferenz nur ein Programm: die Durchführung der Ver-
sailler Bestimmungen sicherzustellen. In Berücksichtigung dieses
Standpunktes könnte sich Frankreich auf das Abrüstungsprogramm
einlassen, wenn es Deutschland nicht mehr gestattet würde, in den
Rheinlanden unmittelbar tätig zu sein.
Was auf deutsch: Frankreich soll erst nach Union der Rhein-
lande abrüsten!

Ein Weltfriedenstag.

Wien, 13. Juli. (U.) In der gestrigen Sitzung der Inter-
nationalen Frauenliga für Frieden und Fortschritt wurde die Ver-
anstaltung eines Friedenstages in allen Ländern der Welt angeregt.

Entwaffnung in Oberschlesien.

Paris, 13. Juli. (CC.) Radio meldet aus Beuthen: Die Inter-
alliierte Kommission hat den 17. Juli als Endzeitpunkt für die Ent-
waffnung in den Abstimmungsgebieten festgesetzt. Nach diesem Zeit-
punkte werden alle Personen, bei denen noch Waffen gefunden
werden, mit Geld- oder Gefängnisstrafe von 2 Monaten bis zu
5 Jahren bestraft. Die Unterkommission, die einen Bericht über die
Durchführung der Entwaffnung vorzulegen hat, gibt bekannt, daß
im ganzen geräumten Gebiet vollkommene Ruhe herrsche.

Bekanntlich ist das gar nicht wahr, denn es sind zahlreiche pol-
nische Raubzüge vorgekommen. Jetzt behauptet Hanas, daß Or-
gesch-Banden die polnischen Bauern im Kreise Ratibor — deren
es nur sehr wenige geben dürfte — ausplündern. Nach einer TL-
Meldung beginnt sich die Befehung der Grenze nach Polen hin sehr
langsam zu vollziehen. Wo die Engländer die Grenzbesetzung
durchführen, ist die Wirkung nicht zu verkennen. Der französische
Kreiskontrollleur in Beuthen, General de Comte Denis, ist von
seinem Posten abberufen.

Der Riesenprozess Karolyi.

Budapest, 12. Juli. (U.) Die Staatsanwaltschaft hat im Zu-
sammenhang mit den Enthüllungen des Prinzen Windischgrätz
das Verfahren wegen Hochverrats eröffnet. Die Zahl der Beschul-
digten dürfte sich auf mehrere hundert belaufen. Die in Vorberei-
tung befindliche Anklageschrift unterscheidet folgende sechs Gruppen
von Beschuldigten: 1. Personen, die antimilitaristische Propaganda
getrieben haben, 2. die sich der Spionage oder der Verbindung mit
dem Feinde schuldig gemacht haben, 3. Persönlichkeiten, welche die
Ausrufung der Republik vorbereiteten, 4. diejenigen, die bei der
Polizei, bei staatlichen Behörden usw. aufreizende Propaganda be-
trieben haben, 5. die Mitglieder des Nationalrates vom 6. November
1918 und 6. alle Personen, die verdächtig sind, an der Revolution be-
teiligt gewesen zu sein oder nicht energisch genug den Aufruhr nieder-
geschlagen zu haben! Sollte die Anklage in diesem Umfange auf-
rechterhalten bleiben, so würden auch zahlreiche Mitglieder der je-
higen Nationalversammlung und die meisten namhaftesten Politiker
Ungarns zur Verantwortung gezogen werden, insbesondere die Mit-
glieder der Kabinetts Wessely, aber auch Prinz Windischgrätz
selbst, da er das alte Regime nicht verteidigt, sondern sich am
ersten Tage der Revolution nach der Schweiz begeben hat.

An zahlreichen Orten wurden Gruppen der republikanischen
Partei begründet. Eine Interpellation in der Nationalversammlung
fordert die Regierung auf, Schritte zur Bekämpfung der republikanischen
Propaganda zu unternehmen, da diese eine Gefahr für den
inneren Frieden des Landes bedeute. Eine republikanische Ver-
sammlung in der Hauptstadt wurde von der Polizei verboten.

Devalera in London.

London, 13. Juli. (CC.) Devalera, Griffith, Kiffin Stad und
Barton sind gestern um 6 Uhr hier eingetroffen. Man hatte ihnen
einen Salonwagen zur Verfügung gestellt, doch war eine Einladung,
die offiziellen Gäste der englischen Regierung zu sein, von ihnen
abgelehnt worden. Sie waren vielmehr bei ihren Freunden
abgeblieben. Aufher ihnen trafen in London noch der Lordmajor
von Dublin, Prof. May Keill und Graf Plumet ein. Heute vor-
mittag um 11 Uhr wird die Konferenz in der Downingstreet be-
ginnen. Nach dem „Co. Standard“ werden außer Lloyd George,
Balfour, der Lordkanzler Birkenhead, der Staatssekretär für Irland
Greenwood, General Smuts sowie die Vertreter von Ulster
teilnehmen. Der Drangistenführer Craig erklärte, Frieden gebe es
nur, wenn die Sinnfeiner Ulster vollkommen freigegeben.

Bei ihrem Eintreffen in London wurden die irischen Vertreter
von ihren Freunden mit größter Begeisterung begrüßt. Große
Freude herrscht auch in Dublin. Zum erstenmal seit langer Zeit
war es wieder möglich, in den Abendstunden auf den Straßen zu
weilen, ohne Militärpatrouillen und Panzerautos zu begegnen.
Infolgedessen blieben die Leute bis spät in die Nacht hinein auf
der Straße. Die Waffenruhe wird überall innegehalten,
selbst in Belfast kam es zu keinen Unruhen.

Devalera übergab nach seiner Ankunft den Pressevertretern eine
Erklärung, in der es heißt, es sei kein Anlaß vorhanden, daß die
Völker der beiden Inseln fortgesetzt in Feindschaft leben müßten.
Es handele sich nur darum, anzuerkennen, worin die Gerechtigkeit
bestehe, die die notwendige Grundlage des zu schließenden Friedens
sein müsse.

Strafe für Anschlagwillen. Die geplante Übernahme des Habs-
burger Schlosses und jehigen Kinderheims Kiechheim bei Salz-
burg zur Sicherung seines Bestehens durch eine englische Wohlthätig-
keitsgesellschaft stößt bei ihrer Zentrale in London auf Widerstand,
weil man über die Volksabstimmung für den Anschluß an Deutsch-
land verstimmt ist.

Weiter Offiziersentlassungen. Infolge der Forderung der Inter-
alliierten Kontrollkommission, die höheren Intendanturbeamten, das
Zeugamtspersonal sowie die Zahlmeister auf die Zahl der 4000 Offi-
ziersstellen in der Reichswehr anzurechnen, werden, wie Korrespondenz
RS. erzählt, mit dem 15. Juli weiter 150-190 Offiziere
aller Dienstgrade entlassen werden. Gleichzeitig mit
dem Ausscheiden dieser Offiziere werden etwa 100 Offiziere des Reichs-
wehrministers in die Front verlegt und die Kommandierung
einer Anzahl auf dem Etat von Fronttruppenteilen stehender Offiziere
zum Reichswehrministerium aufgehoben.

Legt die Flinten weg!

Frankreich besitzt noch immer treffliche Karikaturenzeich-
ner, und so dürfen wir hoffen, nächstens in französischen Blät-
tern die Gesichter der Herren Lesaire, Barthou und
Genossen zu erblicken in dem Augenblick, in dem Briand in
der Kammer erklärte, Frankreich nehme die Einladung zur
Abrüstungskonferenz des Präsidenten Harding „be-
sonders gerne“ an. Es würde sich vielleicht verlohnen, gleich
zwei Ausnahmen zu machen, die eine bei der eben erwähnten
Aussprechung des Ministerpräsidenten, die andere aber bei jener
Stelle, an der Briand sagte, bei der geplanten Einschränkung
der Rüstungen müßten natürlich „alle Vorbedingungen für
die nationale Sicherheit“ gewahrt bleiben. Man wird dann
nach einem ironischen Blinzeln ein verständnisvoll erleichtertes
„Aha!“ über die Züge der genannten Herren gleiten sehen.

Schon vor dem Krieg hat für die meisten Regierungen die
platonische Liebeserklärung an den Gedanken der Abrüstung
zu den unvermeidlichen Komplimenten gehört, die das Vaster
der Jugend macht. Nur das kaiserliche Deutschland
glaubte, selbst diese Geste entbehren zu können und brachte es
mit seinen waffenfrohen Rebensarten dazu, sich die ganze
übrige Welt zu entfremden. Briands grundsätzliches Einver-
ständnis mit der Anregung, die Frage der Rüstungsbeschrän-
kungen mit den anderen Mächten gemeinsam in Washington
zu diskutieren, enthält nichts, was von den früheren Ge-
pflogenheiten der Diplomatie abweicht.

Die Annahme der Einladung Hardings mußte Frankreich
um so leichter fallen, als eine Möglichkeit, der wenig beliebten
Diskussion auszuweichen, überhaupt nicht bestand. Schon an
diesem Sonnabend soll in Paris unter dem Vorsitz Bismaris
eine Sitzung des Völkerbunds ausschusses für die Ab-
rüstung stattfinden, die nun infolge der Einladung nach Wa-
shington verlagert werden wird. Es ist überhaupt interessant,
im Zusammenhang mit der Konferenz von Washington an die
Abrüstungsbestimmungen der Völkerbundsatzung zu erinnern,
die folgendermaßen lauten:

Die Bundesmitglieder bekennen sich zu dem Grundsatz, daß die
Aufrechterhaltung des Friedens eine Herabsetzung der nation-
alen Rüstungen auf das Mindestmaß erfordert, das
mit der nationalen Sicherheit und mit der Erzwingung interna-
tionaler Verpflichtungen durch gemeinschaftliches Vorgehen vereinbar ist.

Der Rat entwirft unter Berücksichtigung der geographischen
Lage und der besonderen Verhältnisse eines jeden Staates die Ab-
rüstungspläne und unterbreitet sie den verschiedenen Regie-
rungen zur Prüfung und Entscheidung.

Von zehn zu zehn Jahren sind diese Pläne einer Nach-
prüfung und gegebenenfalls einer Berichtigung zu unterziehen.
Die auf diese Weise festgesetzte Grenze der Rüstungen darf nach
ihrer Annahme durch die verschiedenen Regierungen nicht ohne Zu-
stimmung des Rates überschritten werden.

Mit Rücksicht auf die schweren Bedenken, denen die private
Herstellung von Munition oder Kriegsgerät begegnet, be-
auftragen die Bundesmitglieder den Rat, Mittel gegen die daraus
entspringenden schlimmen Folgen ins Auge zu fassen, und zwar
unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Länder, die nicht in der
Lage sind, selbst die für ihre Sicherheit erforderlichen Mengen an
Schießbedarf und Kriegsgerät herzustellen.

Die Bundesmitglieder übernehmen es, sich in der offensten und
erschöpfendsten Weise gegenseitig jede Auskunft über den Stand
ihrer Rüstung, über ihr Heer- und Flottenprogramm und über die
Lage ihrer auf Kriegszwecke einstellbaren Industrien zukommen zu
lassen.

Sollten Amerika, England, Japan und Frankreich in
Washington zu einem festen Abkommen gelangen, so hätten
sie also schon ein Instrument in der Hand, um seine Wir-
kung auch auf die anderen Staaten, die Mitglieder des
Völkerbundes sind, auszuüben. Inzwischen ist ja auch schon,
was für Frankreich die Hauptsache ist, die Abrüstung
Deutschlands in so vollkommener Weise durchgeführt
worden, daß General Kolliet für die Durchführung dieses
Wortes mit einem hohen Orden belohnt werden konnte.

Heute steht es so, daß Frankreich mehr als achtmal soviel
Männer unter Waffen hält als Deutschland, ganz abgesehen
daran, daß es über eine schwere technische Kriegsrüstung ver-
fügt, die Deutschland gänzlich genommen worden ist. Nie-
mand wird ernstlich behaupten können, daß dieses Deutsch-
land mit seinen 100 000 Mann Reichswehr, ohne schwere Ar-
tillerie, Tanks und Luftflotte, für Frankreich eine militärische
Gefahr bedeutet. Ähnliches gilt, aus anderen Gründen, für
Sowjetrußland, das vom französischen Militarismus als
letztes Argument im Kampfe um seine Selbsthaltung
herangeholt wird. Mit Recht konnte Lenin auf der öst-
russischen Konferenz der Transportarbeiter im März d. J.
sagen, daß die Militärmacht der Entente ganz unvergleichlich
gewaltiger sei als jene Rußlands, und daß nur die Haltung
der europäischen Arbeiterschaft (die er dafür be-
schimpft) einen Erfolg der militärischen Intervention verhin-
dern habe. Ein Land, das wirtschaftlich-technisch so danieder-
liegt wie Rußland, ist nicht imstande, eine für modern aus-
gerüstete Gegner gefährliche Offensivkraft zu entwickeln.

Sprechen also alle Gründe der Logik für einen Abbau des französischen Militarismus, so wird sich sein Selbsterhaltungstrieb vielleicht doch für absehbare Zeit stärker zeigen als sie. Er wird gestützt durch den Egoismus ungezählter Existenzen, die wirtschaftlich auf ihm fußen, und durch jene Geistesrichtung, die uns in Deutschland nur allzu gut bekannt ist. Und wenn er in Not gerät, wird das kindische Treiben deutscher Geheimbünde und die wilhelminische Phrasologie unserer deutschnationalen Presse schon dafür sorgen, daß ihm wenigstens die Scheingründe nie ganz ausgehen.

Heute lebt er noch von der Vorstellung, daß auch das vorchriftsmäßig entwaffnete Deutschland immer noch ein Gegner sei, vor dem man sich durch die stärkste materielle und diplomatische Rüstung schützen müsse. Wie stark diese Vorstellung in Frankreich noch ist und wie sehr auch vernünftiger Leute genötigt sind, ihr Zugeständnisse zu machen, zeigt die Aeußerung Briands, vielleicht würde sich in Washington eine neue Gelegenheit finden, Verständigungen zu suchen, die Frankreich erlauben könnten, das von allen Völkern gewünschte Ziel zu erreichen. Das heißt nichts anderes, als daß Frankreich seine Zustimmung zu einem Abrüstungsabkommen von einem Bündnis mit England und Amerika gegen Deutschland abhängig machen will. Frankreich will seine militärischen Mittel zur Aufrechterhaltung seiner Vormachtstellung in Europa erst dann einschränken, wenn ihm diese Vormachtstellung diplomatisch garantiert worden ist.

Aber auf diesem Wege ist nicht der dauernde Frieden zu suchen. Er ist nicht dadurch zu erreichen, daß ein Volk Europas über alle anderen die Diktatur ausübt, sondern nur dadurch, daß die demokratische Gleichberechtigung aller, der Großen wie der Kleinen, durchgeföhrt wird. Und der beste Schutz gegen ein militärisches Deutschland, das in dreißig Jahren wieder auf den Beinen stehen könnte, ist nicht das Bündnis mit England und Amerika, sondern die Verständigung des demokratischen Frankreichs mit dem demokratischen Deutschland, der Bund eines Frankreichs der Arbeit mit einem Deutschland der Arbeit. Dieser ist aber nur dann zu erreichen, wenn klares Recht zwischen beiden Völkern herrscht und bestehende Verträge nach Billigkeit ausgelegt und angewendet werden.

Durch die Aufrechterhaltung der Sanktionen begeht Frankreich ein offenkundiges Unrecht, hier nimmt es einen Standpunkt ein, der sich auf nichts als auf die brutale Gewalt stützt. Von einem Abbau des Militarismus kann ernstlich erst dann die Rede sein, wenn nicht nur ein paar entbehrliche Formationen aufgelöst werden, sondern wenn die bewaffnete Macht in die Grenzen des internationalen Rechts zurückkehrt und nicht mehr, auf die Bajonette gestützt, sich das Vorkrecht herausnimmt zu tun, was ihr beliebt. Die moralische Abrüstung muß mit der Aufhebung der Sanktionen beginnen!

Landtag und Selbstschutz.

Zur Beratung der zweiten Lesung des Koistats hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium aufzufordern, den Entschluß des Ministeriums des Innern vom 26. Juni 1921 betreffend die Zulässigkeit der Selbstschutzorganisationen, die sich von der Organisation Escherich losgesagt haben, aufzuheben und diese Organisationen, deren Bestehen die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährden, nachdrücklich zu verfolgen.

Kahr, bayrisches Bier und das Reich.

Bayern kämpft beim Reich gegen die Erhöhung der Biersteuern. Das Reichsfinanzministerium lehnte aber alle Einwände ab. Jetzt will die Kahr-Regierung einen neuen Selbstschutz gegen die Biersteuer im Reichstag beginnen. Wenn Kahr dabei keinen Erfolg hat, wird er sicher von seinen getreuesten Anhängern im Hofbräuhaus auf einem Scheiterhaufen von leeren Bierfassern verbrannt.

Keine Haftentlassung bayrischer linkssozialistischer Abgeordneter. Der Landtag hat in seiner gestrigen Vollsession den Antrag der U.S.P. auf Freilassung der noch in Festungshaft befindlichen linkssozialistischen Abgeordneten neuerdings abgelehnt.

Kammerspiele (Sommerspielzeit).

(Leonid Andrejew: „Der Herr, der die Maulschellen kriegt.“)

Der Name des Verfassers weckte freudige Erwartungen. In seine früher in Berlin gespielten Stücke knüpft sich die Erinnerung mancher eigenartig bildhaften Stimmung; und ungerührt bleibt sein „rotes Loch“, jene Folge grauig spukhafter, unter dem Eindruck des russisch-japanischen Krieges entstandener Skizzen. In diesen Visionen eines verwundet heimgekehrten Offiziers, den das Entsetzen über das Erlebnis zum Wahnsinnigen gemacht, spiegelt sich mit dichterisch konzentrierender Gewalt der ganze blutig-traurige Widerstand organisiert Völkermordes, den die Parteigänger der herrschenden Gewalten in rachsüchtigem Egoismus als moralisches Strohhalbm anzureifen wagen. Die Wirklichkeit hat hier ein padendes Symbol gefunden, dem sich in der deutschen Literatur nur des jetzt auch verstorbenen Karl Hauptmanns „Ledeum“-Drama zur Seite stellen läßt, das an der Schwelle des Weltkrieges die furchtbare Dämonie des Kommenden in grandioser Konzeption voraus verkündete.

Indes das in den Kammerspielen aufgeführte Werk zeigt keine Spur der suggestiven Kraft, die dem russischen Poeten in glücklichen Stunden eigen war. Der Wahnsinn des Titelhelden, der die Maulschellen kriegt, ist schlechterdings ein leerer Wahnsinn, ohne sinnvolle Hintergründe, der so, zu vier Akten ausgesponnen, dem Hörer peinlich auf die Nerven fällt. Hohe und Verzweiflung sprechen, doch nirgends quillt in uns etwas wie die tragische Empfindung auf: wehch edler Geist ward hier zerstückt. Die Idee, daß einer, dessen Hoffnungen und Wüstionen Schiffbruch litten, aus der grausamen Parteste des Lebens in die Rolle eines Jesuschowa und dummen August schlüpfte, schillert wie die ganze Stimmung der Zerrissenheit ins Bedenkliche.

Worüber jener Herr — noch allerhand Anbeutungen ein Mitglied der hohen Aristokratie — seinen Verstand, wenn er ihn je besessen, verloren hat, bleibt unklar. Auch das Erscheinen eines einseitigen Kavaliers, der ihn seine Frau abspenstig gemacht und ihm (behauptet der Berrückte) seine tiefen Gedanken gestohlen, durch journalistische Verhöhnung derselben Ruhm erschlichen habe, gibt keine seelisch interessanten Punkte. Vom Zirkusdirektor, dem er seine Clowndienste anbietet, ohne Probe engagiert, wird er zur großen Attraktion des Unternehmens, die Spezialität des Maulschellenempfangens anzückt das liebe Publikum. Seine Kollegin, die junge wunderhübsche Tangolängerin, ein noch ganz naives, unverdorbenes Geschöpfchen, das der verkommene ablige Papa an einen reichen Wüstling ehelich verheiratet möchte, bringt ihn in einen Zustand verzweifelter Schwärmerie. Daß sie den dummen August auslacht, spöttlich mit einer Maulschelle bedient, läßt ihm die Kleins nur noch bewunderungswürdiger erscheinen. Er liegt ihr in den Ohren, damit

Deutsche Volkspartei und Heuerlinge.

Der Amtsrichter Stendel von der Deutschen Volkspartei hat es im preußischen Landtag bei der Besprechung der Heuerlingsfrage nicht unterlassen können, auf deren Organisation, ihren Führer und auf verschiedene andere zu schimpfen, was ihm und seinen Freunden nicht in den Kram paßt. Jetzt antwortet ihm der Vorsitzende des Nordwestdeutschen Heuerleutenverbandes, W. Helling, in einem Offenen Briefe. Darin heißt es z. B. gegenüber dem Vorwurf der Verhöhnung:

„Ich kann mir auch die Mühe sparen, die Heuerleute zu verhöhnen, denn das besorgen die Bauern der hiesigen Gegend schon auf das gründlichste. Die Bauern der hiesigen Gegend haben es in den letzten Jahrzehnten zu einem gewissen Wohlstande gebracht, ihre Söhne haben einjährig bei der Garde gedient und die Töchter teure Pensionate aufgesucht. Dieses können sie in erster Linie dem Umstande verdanken, daß sie den Grund und Boden nicht durch Arbeit ihrer Hände erworben, sondern von ihren Vätern ererbt haben, und in zweiter Linie, weil die Heuerleute die Hauptlast der landwirtschaftlichen Arbeiten zum Vorteile der Bauern getragen haben. Sollten Sie und Ihre Partei auch im neuen Deutschland in Zukunft die Geschicke des Volkes bestimmen, so ist zu befürchten, daß auch fernere die Söhne der Heuerleute nicht Oberlandesgerichtspräsident, sondern nur Oberkellner werden können.“

Die Bemerkung über den Oberkellner bezieht sich darauf, daß der gebildete Herr Stendel im Abgeordnetenhaus den unbehaglichen Gegner durch Verächtlichmachung seiner beruflichen Qualität besonders zu treffen glaubte. Wir sind der Auffassung, es stünde besser ums deutsche Recht, wenn mancher, der heute Richter ist, Oberkellner geworden wäre. Wobei nur zu befürchten bleibt, daß sich die Kellner wahrscheinlich gegen einen Zuwachs, der vor jedem Kappisten den Rücken krumm macht, wehren würden.

Gestellte Verleumder.

Im „Deutschen Zeitungsdienst“ hatte vor einiger Zeit der Herausgeber der nationalliberalen Korrespondenz, Ed. Spieß, einen Artikel veröffentlicht, in dem behauptet wurde, daß die Sozialisten Hellmut v. Gerlach und Prof. Nicolai in unmittelbarer Verbindung mit Mitgliedern der französischen und englischen Ueberwachungskommission in Berlin gestanden, daß sie diesen Offizieren für hohe Summen Material gegen deutsche Behörden geliefert und daß sie für ihre pazifistische Werbetätigkeit Unterstützung von mehreren Millionen Franken erhalten hätten. So weit es sich um Herrn v. Gerlach handelte, hatte Spieß seine Anschuldigungen öffentlich zurückgenommen, nachdem v. Gerlach Strafantrag gestellt hatte. Nunmehr hat auch Prof. Nicolai gegen Spieß Strafantrag wegen Verleumdung gestellt, bezüglichen gegen die Redakteure zweier Provinzialblätter, die den fraglichen Artikel abgedruckt hatten.

Eine unpolitische Frage.

Die „Tägl. Rundschau“ druckt einen neuen Hymnus des etwas unfreiwillig aus der Partei ausgestiegenen Paul Müller auf die schwarz-weiß-roten Farben ab, und läßt uns freundlichst ein, dagegen zu polemisieren, aber wir würden uns doch nur lächerlich machen.

Wir wagen es trotzdem, weil Paul Müller wiederum von der kindischen Behauptung ausgeht, daß für die Befürworter der schwarz-weiß-roten Handelsflagge die Flaggenfrage keine parteipolitische, sondern eine soziale und wirtschaftliche Frage sei. Dem stellen wir gegenüber, was erst gestern in Nr. 319 der „Kreuz-Zeitung“ über dieses Thema gesagt war. In einer Besprechung der letzten Reichstagsession schrieb das deutschnationale Blatt:

Von besonderem Interesse war der Antrag und die Abstimmung über die Handelsflagge, ob das reine schwarz-weiß-rote Tuch durch die Revolutionsfarben schwarz-rot-gold, die immer nur in Deutschlands träben Tagen geweht haben, schimpflich werden solle oder nicht.

Das ist in der Tat eine ganz „unpolitische“ Betrachtungsweise dieser „rein wirtschaftlichen und sozialen“ Frage! Ähnliche Zitate aus der Presse der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei ließen sich mit Beiläufigkeit noch zu Dutzenden zusammenbringen.

wenigstens, statt jenen ekelhaften Freier anzunehmen, mit einem hübschen jungen Freund rechtzeitig durchzugehen, und beschließt, als dieser Rat nichts hilft, seine Schützrolle damit, daß er — sie und sich vergiftet. Alles bewegt sich bei äußerster Buntheit in Bahnen monotoner Theatralik.

Eugen Klöpffer, der seine reiche Kunst für die undankbare Hauptrolle einsetzt, erntet lebhaften Applaus. An treffend karikaturistischer Zeichnung repräsentierte Herr Bronau den verulumpften, noch immer adelstolzen Vater. Margarete Schlegel in der Figur des Mädchens erfreute durch heitere Kindlichkeit des Tons.

Kulturbgabe und Sortimentenzuschlag. Zu den wichtigsten Fragen, die augenblicklich den deutschen Buchhandel und alle, die an ihm interessiert sind, beschäftigen, der Frage der Kulturbgabe, die die wirtschaftliche Befundung der geistigen Urheber ermöglichen soll, und des Abbaues der Sortimentenzuschläge, der zur Wiederherbeibringung geordneter Verhältnisse für die Preisberechnung der Bücher für nötig geachtet wird, liegen jetzt zwei wichtige neue Tatsachen vor.

Die Vereinigung der deutschen Kunstverleger hat (natürlich) gegen die Kulturbgabe Stellung genommen. Ihr Beschluß weist darauf hin, daß Kunstverleger schon mit der erhöhten Umsatzsteuer von 15 Prozent in der Mehrzahl belastet sind. Kämen nun noch die 10 Prozent für die Kulturbgabe hinzu, so würde das nach Ansicht der Kunstverleger eine solche Verteuerung ihrer Arbeit bedeuten, daß das einer Unterbindung der Veröffentlichung von Kunstwerken in Form von graphischen Blättern, Plakaten, Postkarten usw. gleichkäme. Man wird diesen Einpruch, besonders im Hinblick auf die immer noch bestehende „Auguststeuer“ für Kunst zu beachten haben, sich aber fragen müssen, ob dann nicht, wie längst wünschenswert, eben die Auguststeuer auf diesem Gebiete zu fallen hätte.

Die Vereinigung schönwissenschaftlicher Verleger hat nunmehr den viel umstrittenen Vertrag, der die im Kriege eingeführten Teuerungszuschläge für den Sortimentsbuchhandel aufhebt und dafür die Ladenbuchhändler durch günstigere Rabattierung entschädigt, in Kraft treten lassen. Für Bücherkäufer wird das zur Kontrolle der immer noch sehr unregelmäßigen Preisberechnung dienlich sein können. Der Vereinigung gehören allerdings eine Reihe großer Verlage, z. B. Insel, S. Fischer, Georg Müller, Bruno und Paul Cotta, Piper und viele andere nicht an. Andererseits hat die Deutsche Buchhändlergilde, ein Sortimenterverband, in überwiegender Mehrheit erklärt, sie wolle sich dem genannten Vertrage nicht anschließen. So ist auch hier die Lage immer noch unklar, trotzdem eine schwebende Einigung im Interesse nicht nur des Gesamtbuchhandels, sondern auch vor allem der ganzen Bücherkäufern Welt wäre.

Karl Marx als Pornograph. Die städtische Bibliothek in Budapest galt früher als eine Musteranstalt für soziale und sozialistische Literatur. Nach dem Sturze der Diktatur suchten die ungarischen Konturrevolutionäre dieses Aergernis zu beseitigen und es wurden auf dem Hofe der Bibliothek viele tausend sozialistische und

komunistische Bücher und Zeitschriften verbrannt. Da man sich aber offenbar schämte, auch die Werke von Karl Marx zu vernichten, so verfiel man auf den originellen Kunstweg, sämtliche Schriften des wissenschaftlichen Begründers der Sozialdemokratie für „erotisch“ zu erklären und sie in dem geheimen pornographischen Giftschrank neben Boccaccio, Casanova und Panizza unterzubringen.

Über auch damit waren die jarten Herthn-Seelen noch nicht beruhigt, und so hat jetzt, wie die „Wiener Arbeiterzeitung“ berichtet, der Führer der Budapest Gemeinde der herrschenden christlich-nationalen Partei, Karl Wolff, den Antrag gestellt, daß der Bücherbestand der städtischen Bibliothek noch einmal dringend überprüft werde, und er werde dann diejenigen Bücher auswählen, die man im Interesse der geistigen Befreiung auf einem Scheiterhaufen verbrennen müsse. Der Abgeordneter Buzach erklärte, daß die Ausmusterung der Bücher im Gange sei. Bei der Ausmusterung wurde einigen wissenschaftlichen Werken zwar Gnade erteilt, aber dafür gefordert, daß diese Werke dem Publikum nicht zugänglich seien. Der Direktor der Bibliothek fügte den Worten des Abgeordneten hinzu, daß „in der Bibliothek die vom liberalen Geiste durchdrungenen Werke schon ausgenommen sind und daß diese von jetzt ab den Lesern nicht mehr zur Verfügung stehen werden.“ Diese Erklärungen wurden vom Ausschuss zur Kenntnis genommen, der dann auch den formellen Antrag des Wolff, die ausrangierten gefährlichen Bücher zu verbrennen, annahm.

Vor kurzem reiste der englische Gesandte in Budapest an, England möge wissenschaftliche Bücher nach Ungarn schicken, um die dort herrschende geistige Not zu bekämpfen. Hoffentlich überlegen sich die Engländer die Sache gründlich, bevor sie wertvolle Sendungen abgehen lassen, die von den dort hausenden Banditen nachher als Brennmaterial benutzt werden.

Italienische Dipern im Elß. Man schreibt uns: Aus Straßburg i. E. kam zur letzten eine Meldung, die besonderer Beachtung wert ist. Dr. Vogelmeid vom Straßburger Zoologischen Institut hat nämlich in der Nähe von Birtz im elßischen Jura ein auffallend großes Exemplar der Viperaspis — italienische Dipern — gefangen. Es handelt sich hier um eine äußerst rabiate Giftschlange, die schlimmer als die Kreuzotter ist. Sie wird bis zu 75 Zentimeter lang. Die italienische Viper ist im Süden zu Hause und vertritt erst im Laufe der Zeit durch die großen Alpenpässe ins mittlere Europa eingewandert. Im Gebiete des Deutschen Reichs war ihr Vorhandensein vor dem Kriege nur in Vorhingen und im südlichen Schwarzwald festgestellt, in ersterem auch nur in der Umgebung von Reg.

Der Fund von Birtz beweist, daß diese Viper nun auch im Elß sich zu verbreiten droht. Sie ist im Birtz Gebiet entweder durch die Senke von Belfort aus Frankreich oder durchs Jura aus der Schweiz eingewandert. Ihr Biß ist tödlich, wenn nicht zeitigen Gegenmittel angewendet werden. In Süddeutschland ist leider überdies auch noch eine andere gefährliche Giftschlange eingewandert; die Epigotter, die man jetzt im südlichen Bayern antrifft.

Die Rotter-Bühnen haben den „Traumulus“ von Krausfeld und Dölar Gerlach zur Wiederaufnahme ansetzen.

Ein Erfolg der Kommunisten.

Die kommunistische Bewegung stolpert von Erfolg zu Erfolg. Jetzt ist es ihr gelungen, in Halle a. d. S. eine Berlamung, in der Genosse Doebe sprach, zu sprengen. Hoffentlich ist es den Kommunisten auch möglich geworden, als Sieger eine revolutionäre Revolution anzunehmen. Aber auch ohne dieses freuen sich die Rechtsblätter herzlich über den Erfolg der Kommunisten. Die „Tägliche Rundschau“ zum Beispiel sieht schon den sozialdemokratischen Reichspräsidenten auf der Flucht.

Keine lästigen Ausländer.

Wie das Wiener Ungarblatt „West Magyar Ujsag“ meldet, soll sich Berchtold seit einiger Zeit in München aufhalten und seine Reise aus der Schweiz nach München soll mit den verschiedenen monarchistischen Verschwörungsplänen im Zusammenhang stehen. Die Agitation für eine unter der Führung der Habsburger und Wittelsbacher stehende monarchistische Donauföderation hat ihren Sitz in München. Nach dem „B. R. U.“ wurde dem Berchtold die Reise nach München von denselben politischen Stellen möglich gemacht, wie dem anderen Habsburgeragenten Friedrich Wieser, der bekanntlich mit einem diplomatischen Tsch einige Wochen zuvor, als der Osterputsch zustande kam, nach München fuhr.

Was könnte auch gegen die Einreise Berchtolds einzuwenden sein? Er hat ja bloß den Weltkrieg entzündet.

Zu der Behauptung der Münchener Fremdenpolizei, daß die russische Protokolle wegen Kreiskli-Deutschmann noch nicht nach Bayern gelangt sei, hören die B.P.N. an zuständiger Stelle, daß die bayerische Vertretung in Berlin bereits in der vorigen Woche von dem Protokoll der Sowjetdelegation in Kenntnis gesetzt worden ist. Außerdem ist der Vertreter der Reichsregierung in München beauftragt worden, bei der bayerischen Regierung um Aufklärung des Sachverhalts zu ersuchen.

Feinde der Beamenschaft.

Aus Beamtentreisen gehen uns folgende beachtenswerten Ausführungen zu:

In der Freitagmorgenausgabe des „Vorwärts“ wurde ein Artikel der „Berlisch-Märkischen Zeitung“ Nr. 308: „Steuermoral und Steuerflucht“ kritisch besprochen. Wie noch erinnerlich sein dürfte, wurden von diesem Blatt Erwerbslosenfürsorge und Beamtengehälter als unproduktive Ausgaben bezeichnet. Daß dies eine vollständige Verkennung der Tatsachen, ja eine Beschimpfung der Erwerbslosen und der Beamten ist, braucht hier nicht eingehend erörtert zu werden. Das Unternehmerorgan sucht durch diese Behauptung die Steuerflucht der Geldsozialisten zu beschönigen. Was die Beamtengehälter anbelangt, so möchte man die Herren Unternehmer darauf hinweisen, daß ein sehr großer Teil der Beamtenschaft — erwdacht seien nur die Bahn- und Postbeamten — Wiederaufbauarbeit im besten Sinne des Wortes leisten. Die Schlotbarone wissen ganz genau, was für wichtige Faktoren Bahn und Post für unser Wirtschaftsleben sind. Die Beamenschaft aber kann an dieser Auffassung des Schatzmacherblattes erkennen, in welchem Lager ihre Feinde zu finden sind. Während die ärmsten Schichten des Volkes, Arbeiter, Angestellte und Beamten, bis zur Anspannung der letzten Kräfte zum Wiederaufbau herangezogen werden, suchen die Schuhheiligen des Großkapitals, Herr Helfferich an der Spitze, die ihnen nahe stehenden Kreise von der Pflicht zur Erfüllung soweit wie möglich zu befreien. Die Beamenschaft möge hieraus die Lehre ziehen, gemeinsam mit den übrigen Arbeitnehmern eine einheitliche Front gegen die Ränke des Großkapitals zu bilden.

Die Kammerwahlen in Portugal sind ruhig verlaufen. Die Regierungslandidaten haben überall die Mehrheit bekommen.

Lehrermangel in Neupolen. Die Zahl der zum Teil noch seit dem Kriege unbefähigten deutschen Lehrern in Neupolen ist sehr groß. Die Kinder in manchen deutschen Gemeinden sind schon jahrelang ohne Beschulung.

Schiffer über Leipzig.

Vor Vertretern der deutschen und ausländischen Presse gab heute vormittag der Reichsjustizminister Schiffer eine Erklärung ab, in der gesagt wird:

Die Reden des französischen Ministerpräsidenten enthielten in letzter Zeit in ganz auffälliger Art Unfreundlichkeiten und Angriffe gegen Deutschland. Durch diese von uns keineswegs provozierten Eingriffe wurde zum mindesten der Eindruck erweckt, als ob dadurch immer aufs neue der Haß und die Leidenschaft der Kriegszeit wieder aufgeführt werden sollte, um eine Grundlage für die Fortsetzung einer

Politik der Gewalt gegen Deutschland

zu schaffen. Nachdem das Ultimatum nicht nur angenommen ist, sondern in wesentlichen Teilen (Entwaffnung, Zahlung einer Milliarden Goldmark usw.) schon erfüllt ist, ist wirklich nicht zu verstehen, was die ständig wiederkehrenden Angriffe auf die deutsche Regierung bedeuten sollen, deren besserer Wille zur Erfüllung der schweren Bedingungen selbst von französischer Seite nicht mehr bezweifelt werden kann. Allen diesen Angriffen gegenüber hat sich die deutsche Regierung bisher die größte Reserve auferlegt, weil sie angesichts der gewaltigen realen Probleme es nicht für angemessen hielt, sich in eine unfruchtbare Polemik einzulassen. Jetzt aber hat Herr Briand die Grenzen überschritten. Auf

die Beleidigungen,

die er der deutschen Rechtspflege zugefügt hat, kann ich als Chef der Reichsjustizverwaltung nicht schweigen, und ich darf um so eher reden, als mir ein Einfluß auf die Ausübung des Richteramtes nicht zusteht.

Ich würde also nicht etwa für mich selbst sprechen, wenn ich für die Träger dieses Amtes eintrete. Nach Zeitungsberichten hat Herr Briand die Leipziger Prozesse als einen Skandal, als eine Parodie der Gerechtigkeit, als eine Komödie bezeichnet. Wenn diese Nachrichten zutreffen, so stehe ich nicht an, ihm zu sagen, daß er in nicht zu verantwortender Weise mit seinen Mitmenschen umgegangen ist. Die Ehre des Richters ist seine Unparteilichkeit. Herr Briand spricht sie dem höchsten deutschen Gerichtshof ab, wenn er behauptet, daß er ein Theaterstück aufgeführt, also ein abgekartetes Spiel getrieben habe. Eine Verdächtigung, die ohne den Schein eines Beweises in die Welt geschleudert ist!

Oder genügt Herrn Briand schon die Tatsache, daß die Urteile des Reichsgerichts nicht so ausgefallen sind, wie eine leidenschaftlich erregte propagandistisch aufgepeitschte Stimmung in Frankreich es erhofft hatte? Glaubt er, daß das Reichsgericht die Angeklagten lediglich der Anklage entsprechend zu verurteilen hatte? Wenn es so gewesen wäre, dann allerdings wäre das Verfahren vor dem Reichsgericht wirklich nur ein Theaterstück, eine Komödie gewesen, zu der sich ein deutsches Gericht niemals hergeben hätte.

Aber dem ist nicht so. Artikel 228 des Friedensvertrages setzt Anklage und Beurteilung keineswegs gleich, sondern verlangt Bestrafung nur für den Fall, daß der Angeklagte auch wirklich für schuldig befunden wird.

Herr Briand mag enttäuscht gewesen sein, daß die Hauptverhandlung vor dem Reichsgericht nicht überall das Ergebnis der Ermittlungen bestätigt hat, die zur Erhebung der Beschuldigung geführt hatte. Indes weiß jeder Jurist, wie oft dies der Fall ist, und auch der Richter wird begreifen, daß das hier um so leichter der Fall sein kann, als es sich um Vergehen handelt, die viele Jahre zurückliegen und sich unter Umständen abgepielt haben, wie sie einer objektiven Wahrnehmung und Wiedergabe sicherlich nicht günstig waren. Dafür aber, daß

das Verfahren gründlich und gewissenhaft

unter genauer Beobachtung strengster Unparteilichkeit gehandhabt worden ist, liegen so zahlreiche und gewichtige Zeugnisse unvoreingenommener, auch nichtdeutscher Teilnehmer vor, um jede Beanstandung von vornherein als aussichtslos erscheinen zu lassen.

Herr Briand mag die gefällten Urteile als irrig angreifen. Das bleibt ihm unbenommen, da alle Menschen irren können; aber denen, die sie erlassen haben, das ehrliche Bestreben nach Gerechtigkeit abzuspüren, dazu hat er kein Recht. Die Unparteilichkeit, die Unabhängigkeit und strenge Sachlichkeit der deutschen Rechtspflege, insbesondere des höchsten Gerichtshofes, ist der Welt bekannt, und ihr wohlverdienter Ruf wird durch die von der Presse mitgeteilte Anzweifelung des französischen Ministerpräsidenten nicht erschüttert werden. Wenn sie sich aber im Widerspruch zu der öffentlichen Meinung Frankreichs befindet, so möge Herr Briand sich erinnern, wie oft die öffentliche Meinung seines Landes sich im Widerspruch zu der eigenen Justiz befunden hat. Nur in einer Beziehung mag man mit Herrn Briand die Leipziger Prozesse ein Drama, freilich nicht eine Komödie, sondern eine Tragödie nennen dürfen, nämlich insofern, als Deutschland alle seine Kriegsverbrechen zur Verantwortung zieht und sich nicht einmal auf die in der Liste angeführten Personen beschränkt, sondern, seiner Gesetze gehorcht, jeden begründeten Verdacht von sich aus verfolgt. Dem kann Herr Briand nachsehen, wenn er diejenigen seiner Landsleute unter Anklage stellt, die als eines Kriegsverbrechens verdächtig bezeichnet werden. Tut er das nicht, so möge er wenigstens darauf verzichten, durch seine Äußerungen den Völkern noch zu vermehren, der durch die prozessuale Aufwählung einer traurigen und schreckensvollen Vergangenheit ohnedies stets aufs neue geschüttelt wird.

Der Prozeß Dithmar-Boldt vor dem Reichsgericht.

Der zweite Tag begann mit der Vernehmung weiterer Zeugen. Kanakotho Walter Papij aus Brunsbüttelkoog, der Steuermann auf U 86 war, gibt an, daß das Unterseeboot der „Mandoverg Casse“ längere Zeit verfolgt und als Hospitalsschiff erkannt hatte. Die Möglichkeit, das Schiff anzuhaken und zu durchsuchen, bestand für U 86 nicht. Hospitalsschiffe wurden, sagt der Zeuge, zu einer Gefahr für Unterseeboote, doch gibt Papij zu, bis dahin keinen Fall kennengelernt zu haben, daß Hospitalsschiffe sich als U-Boote-Fallen betätigten. Hinsichtlich des Inhalts der „Mandoverg Casse“ war der Kommandant des U-Bootes auf allgemeine Vermutungen angewiesen. Der Zeuge und der Angeklagte Dithmar rieten dem Kommandanten Papij an,

das Schiff nicht zu torpedieren.

Papij ärgerte zunächst auch längere Zeit, entschloß sich dann aber doch zur Torpedierung. Nur einer der beiden abgegebenen Schüsse traf Wirtschiff. Eine Explosion hat der Zeuge gehört. Nachträglich wollte Kapitänleutnant Papij feststellen, ob seine Vermutung, daß das Lazarettsschiff mißbraucht werde, sich bestätigte. Bei dieser Untersuchung Menschenleben zu retten, war nach Ansicht des Zeugen nicht möglich, schon wegen des beschränkten Raumes im U-Boot. In einer Entfernung von etwa 500 bis 600 Metern vom Hospitalsschiff schwammen eine Anzahl Menschen, die wahrscheinlich ihre Rettungsboote verloren hatten. Dann erschienen auch Boote und Flöße. Daß ein Boot an der Aufnahme von Schiffsbrüchigen verhindert worden ist, hat der Zeuge nicht beobachtet. Der Kommandant des U-Bootes hatte angenommen, daß sich auf dem Hospitalsschiff amerikanische Fliegeroffiziere befunden hätten. Der an Bord

des U-Bootes genommene Kommandant der „Mandoverg Casse“ versicherte aber, daß sich an Bord des Schiffes nichts Unerlaubtes befunden habe. 2 oder 3 Rettungsboote wurden untersucht, wobei versehentlich das erste Boot noch einmal angerufen wurde. Als von dem U-Boot Schüsse fielen, wurde dem Zeugen gesagt, die Leute sollten unten bleiben. Der Zeuge befand sich während der ganzen Schießerei im unteren Schiffsraum. Auf Veranlassung des Kommandanten sollte über die Verletzung nicht gesprochen werden. Kapitänleutnant Papij habe erklärt, er nehme

die Sache auf sein Gewissen.

Papij war nach Ansicht des Zeugen ein sehr tüchtiger Soldat; von den beiden Angeklagten hat der Zeuge Papij die beste Meinung. (Fortsetzung folgt in der Morgenausgabe.)

Schutz der französischen Flagge.

Der Polizeipräsident teilt mit: Am diesjährigen französischen Nationalfesttag, Donnerstag, den 14. Juli, wird auf den Gebäuden der Französischen Botschaft am Pariser Platz und des Französischen Konsulats in der Radbaitirchstraße wieder in üblicher Weise die französische Flagge gehißt. Der Polizeipräsident von Berlin hat die erforderlichen Maßnahmen zur Verhinderung von Vorkommnissen getroffen, wie sie sich im vergangenen Jahre am 14. Juli unter den Umständen ereignet haben. Ansammlungen und Kundgebungen vor der Botschaft und vor dem Konsulat werden mit allen polizeilichen Mitteln von vornherein verhindert. Von der Einschüß der Berliner Bevölkerung darf erwartet werden, daß sie vor den französischen Amtsgebäuden auch ohne polizeiliches Eingreifen das nötige Maß von Zurückhaltung walten wird.

Groß-Berlin

Der Raubmord bei Königswusterhausen.

Das Geständnis der verhafteten Raubmörder.

Die wegen der Ermordung der 30 Jahre alten Ehefrau des Geschäftsführers Krell aus der Fürther Straße 11a verhafteten Burschen, der 27 Jahre alte, aus Neukölln gebürtige Arbeiter Friedrich Koppe und der 22 Jahre alte aus Wildbann bei Stettin stammende Arbeiter Wilhelm Freimuth, wurden noch in der vergangenen Nacht einem eingehenden Verhör unterzogen. Wie schon mitgeteilt, mußten beide ihr Zeugnis angesichts des erdrückenden Beweismaterials bald abgeben. Sie gestanden dann auch ein, die Frau Krell ermordet und beraubt zu haben, doch schiebt der eine dem anderen die Hauptschuld zu.

Nach der Darstellung des Freimuth ist der Plan von seinem Spiegelgesellen Koppe ausgegangen. Beide Burschen verübten im Frühjahr 1920 gemeinsam eine Gefängnisflucht wegen Diebstahls und anderer Straftaten. Sie blieben auch noch in Verbindung, als Koppe entlassen wurde, während Freimuth noch eine Zeitlang hinter Gefängnismauern zugebunden hatte. Schon im Gefängnis hatte Koppe nach der Darstellung des Freimuth davon gesprochen, daß er eine Frau in Berlin kenne, bei der „was zu machen sei“. Diese habe ihn um 50 000 Mk. betrogen und an ihr wolle er sich rächen. Er beschloß dann Freimuth noch mehrmals im Gefängnis und auch in Wildbann, als er Urlaub erhalten hatte und sich bei seiner Mutter aufhielt. Dort habe Koppe ihn bewogen, mit nach Berlin zu kommen, um das „Ding zu drehen“. Er erklärte aber, daß Koppe nicht davon gesprochen habe, daß er die Frau ermorden wolle. Beide fuhren dann gemeinsam nach Berlin. Freimuth schrieb dann nach dem Diktat des Koppe einen Brief, den er bei der Frau Krell in der Wohnung abgab. Die Frau öffnete auch den Brief, erklärte aber, daß sie darauf nicht reagieren könne, weil sie die Unterschrift nicht kenne. Daraufhin mußte dann Freimuth einen zweiten Brief herstellen und ihn mit „Leonhard“ unterschreiben. Koppe wußte, daß dieses der Borne eines Kaffeehausmüllers war, mit dem Frau Krell in Verbindung stand. Er bestellte sie in dem Schreiben nach einem Kaffee im Westen der Stadt, wohin die Frau sich auch zu der angelegten Zeit begab. Dort trat dann Koppe, den sie von früher her kannte, an sie heran und sagte ihr, daß er den Brief geschrieben habe und „Leonhard“ nicht komme. Er erklärte ihr weiter, daß er „ein großes Ding abgestochen habe“ und daß er die Beute im Walde bei Königswusterhausen vergraben habe, sie solle dorthin mitkommen. Während Koppe mit der Frau Krell am 24. Mai d. J. in einem gemeinsamen Abteil vom Bahnhof Zoologischer Garten abfuhr, nahm Freimuth in einem Nebenabteil Platz.

In Königswusterhausen ging Koppe mit Frau Krell nach dem Walde zu und Freimuth folgte ihnen, doch will er das Paar aus den Augen verloren haben. Dann aber habe ihn Koppe wieder getroffen und ihm gesagt, „jetzt ist es soweit“. Koppe sei dann nach dem Gebührl zurückgekehrt, in dem sich Frau Krell niedergelassen habe. Dort habe er sich neben sie gesetzt und sie erzwängt, indem er ihr mit beiden Händen den Hals umklammerte. Freimuth, der diesen Vorgang beobachtete, ging dann hinzu, nahm der Toten die Schmuckfächer ab und auch die Ringe von den Fingern, und beide schlepften die Leiche dann an ein Wasser, in das sie sie hineinwarfen. Dann fuhren sie nach Berlin zurück, wo sie die geraubten Sachen durch Vermittlung von Strohmädchen veräußerten und zwar einen Ring für 400 Mark und einen Ohrring für 1000 Mark. Eine Eisenbeinfelle, die sie der Toten abnahmen und einem Strohmädchen schenkten, wurde dann zu ihrem Verhängnis. Diese Kette wurde gestern Abend von dem Chemann der Ermordeten einwandfrei wiedererkannt. Den Erlös aus den Schmuckfächern teilten sich die Mörder und teilten sich von dem Gelde neu ein.

Eine Schweichel-Ehrung

Am Grabe Schweichels hatten sich gestern die Schöneberger Parteigenossen zu einer Kranzniederlegung eingefunden. Die feierliche Feier wurde mit dem Liede „Dort unten ist Friede“ von Mitgliedern des Schöneberger Männerchors eingeleitet. Darauf nahm der Bezirksverordnete Kapar das Wort und würdigte das Schaffen Schweichels. Er wies darauf hin, daß Schweichel unter dem Sozialistengesetz zu leiden hatte. Als Lehrer der Arbeiterbildungsschule hat er sich große Verdienste um das Proletariat erworben. Schweichel ist nicht tot, sein Geist lebt weiter. Im Namen der Schöneberger Genossen legte Genosse Buchholz hierauf einen prächtigen Kranz von roten Rosen und Nelken mit roter Schleife nieder. Damals, 1907, als wir Schweichel zur letzten Ruhe geleiteten, stand die geehrte Arbeitererschaft unter Führung Bedeis und Singers am Grabe. Heute haben die anderen Parteien nicht mehr an diesen Tag gedacht, und Schweichel, der für die gesamte Arbeitererschaft gestrebt hatte, würde unter der jetzigen Zerrissenheit bitter leiden. Und trotzdem, eines Tages werden wir wieder einig sein und gemeinsam den Kampf gegen das Bürgerium führen. Dies sei sein letzter Gruß. Mit einem Gesangsbeitrag schloß die würdige Feier.

Verlängerung der Polizeistunde.

Der 12-Uhr-Schluss der Gastwirtschaften in Berlin wird nach wie vor von allen Interessenten als dem heutigen Berliner Wirtschaftsleben unangemessen empfunden. Den verschiedenen Organisationen der von der früheren Polizeistunde betroffenen Gewerbe ist es gelungen, die Einleitung neuer Verhandlungen im Polizeipräsidentium zu erreichen, in deren Mittelpunkt die Erörterung über eine Verlängerung der Polizeistunde stehen wird. Auch ein Vertreter des Ministeriums des Innern nimmt an den Besprechungen teil. Es wurde vorgeschlagen, die Bundesratsverordnung über die

12-Uhr-Polizeistunde aufzuheben und durch Erlass anzuordnen, daß die Theater wie früher erst um 11 Uhr abends Spielschluss zu haben brauchen, während für Rines der 12-Uhr-Schluss und für die Gastwirtschaften aller Art die 11-Uhr-Polizeistunde vorgezogen werden soll. Wenn auch in diesen Verhandlungen bestimmte Beschlüsse noch nicht gefasst worden sind, so darf doch angenommen werden, daß der Vorschlag die Billigung der Behörden finden wird.

Eine Fahrplanänderung tritt vom 18. d. M. ab auf der Strecke Berlin—Spandau—Rauen ein. Der Vorortzug 4655 wird von diesem Tage ab erst um 6.03 Uhr vorm. abfahren, so daß der bisherige Aufenthalt in Pankowstraße fortfällt. — Vom 26. d. M. ab fährt der Zug, bisher ab Wlmsdorf 10.42 Uhr vorm., erst um 10.44 und trifft entsprechend später um 10.54 vorm. auf dem Potsdamer Ringbahnhof ein.

Sport.

Kennen zu Grunewald. Der Besuch war mäßig. Die ersten Rennen sind nicht sonderlich stark besetzt. Es ergaben sich aber im Laufe des Rennens interessante Einzelheiten.

1. Rennen. 1. Fuhmann (Gardel), 2. Der Ego (Kuhleis), 3. Divoce (Gardel). Tot: 13:10, Pl. 13, 20:10. Als lief außerdem: Parmolota (gel.) — 2. Rennen. 1. Ghrjalis (Gölna), 2. Wajante (Wisan), 3. Hauptmann (Jachmeyer). Tot: 14:10, Pl. 13, 21:10. Ferner liefen: Walla II, Reuconot. — 3. Rennen. 1. Pallenberg (D. Müller), 2. Himmler (Gölna), 3. Ruffbus (Karn). Tot: 18:10, Pl. 14, 20:10. Ferner lief: Wadua. — 4. Rennen. 1. Wühll (G. Winderberger), 2. Kosmar (Wismar), 3. Tetta (H. Wismar). Tot: 19:10, Pl. 12, 17:10. Ferner liefen: Landvogt, Deutschländer, Sallajar, Dorn, Heide. — 5. Rennen. 1. Scharnappel (Larraz), 2. Prämie (H. Jans), 3. Gondel (Kaiser), Mährling (4.). Tot: 19:20, Pl. 19, 11, 12:10. Ferner liefen: Rote, Erda, Wellendreher (als 2. blühe, wegen Drängens). — 6. Rennen. 1. Kestner (Kardel), 2. Verus (Dahr), 3. Verbar (Kardel), Stumm, Schwalbe (4.). Tot: 45:10, Pl. 15, 20, 22:10. Ferner liefen: Knieau, Rothbar (gel.), Herzog II, Salodere. — 7. Rennen. Wala II (G. Winderberger), 2. Famulus (Gölna), 3. Föderfeld (Gölna), 3. Göttschkind (Staudinger), Räuberhauptmann (4.). Tot: 125:10, Pl. 25, 20, 23, 12:10. Ferner liefen: Provinzler, Calve, Landvogel, Wismar, Reinweiß, Wadru, Romad, Chalcedon.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, den 13. Juli:

- 22. Abt. 7½ Uhr Mitgliederversammlung in der Schulaula, Senefelder Straße 6. Sitzungsanfrage zum Parteitag und Beschlüssen.
- 24. Abt. 7½ Uhr Mitgliederversammlung in der Schulaula, Schulburger Straße 14. Tagesordnung: Sozialismus und Genossenschaftswesen. Referent: Friedrich Schirer.
- 27. Abt. Marienfelde. Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Hoffmann, Berliner Straße 118. Thema: Die Forderung der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Folgen. Referent: Dr. Grunewald.
- 28. Abt. Charlottenburg. Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung im Lokal „Brennbaum, Gellertstraße“. Thema: Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. Referent: Gen. Ernst Zolt. Wichtige Abstimmungsbesprechung.
- 104. Abt. Niederlehmsdorf. Abends 7½ Uhr 4. Parteitagerversammlung im Lokal von Schirer, Senefelder Straße 6. Wichtige Tagesordnung. Das Erscheinen aller Genossen unbedingt Pflicht.
- 132. Abt. Berlin-Dahlem. Jahreshaus bei Rühne, Berliner Straße 20.
- 136. Abt. Reinickendorf. Der Jahreshaus soll heute aus.

Morgen, Donnerstag, den 14. Juli:

- 4. Kreis (Grunewald). Abends 7 Uhr Parteitagerversammlung in der Schulaula, Senefelderstraße 6. Thema: Die Aufgaben des Parteitag. Referent: Franz Richter. 2. Sitzungsanfrage zum Parteitag.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Die Landwirtschaftliche Hochschule in Berlin veranstaltet in den Räumen der Gärtnereihandlung zu Tschirn am 1. und 2. August 1921 einen Vortrag über Düngeanlagen. Redungen zur Teilnahme sind unter Einzahlung der Gebühr von 10 Mk. an die Kasse der Landwirtschaftlichen Hochschule (Javalienstraße 42) zu richten.

Das Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Trocken und vielheit heiter, nachts kühl, am Tage etwas wärmer als heute, bei mäßigen nordwestlichen Winden.

Gewerkschaftsbewegung

„Hoch der Boykott“!

In der Anwendung des Boykotts waren die Gewerkschaften die reinsten Stümper, gemessen an der Betriehsamkeit, mit der die Unternehmerkartelle und -syndikate die Waffe des Boykotts handhabten. Sowohl gegen die „Kuhlenfelder“ in den eigenen Reihen, wie auch gegen mißliebige Arbeiter, die auf die schwarze Liste kamen und dann in den Hofregulierungsinstituten der Arbeitgeber-Arbeitsnachweise vergeblich ihre Arbeitskraft anboten. Die Schärpmacher verstanden es trefflich, ihre Boykottmaßnahmen der öffentlichen Kritik zu entziehen, die von der Arbeiterschaft geführten Boykotts dagegen als Gefährdung der öffentlichen Ordnung usw. auszugeben und Polizei und Gerichte in ihrem Sinne erfolgreich zu beeinflussen.

Während heute die Gewerkschaften kaum mehr, jedenfalls nur in äußerst seltenen Fällen zum Boykott übergehen, wird jetzt in der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ geradezu das hohe Lied des Boykotts gesungen. Sie ließ sich „von sehr geschätzter industrieller Seite“ schreiben, daß eine stille, dabei aber nachhaltige Boykottbewegung durch die deutschen Lande geht.

Soweit es sich darum handelt, höchst unbedenklichen ausländischen Genusmitteln und Luxusartikeln die deutschen Grenzen zu versperren, wäre gegen diese „stille Bewegung“ um so weniger einzumenden, je nachhaltiger sie wäre. Doch handelte es sich hierbei keineswegs um einen Boykott, sondern um eine dringliche Pflicht der Selbsthaltung. Sobald jedoch diese Pflicht, von deren Erfüllung wir bisher weit weniger gewöhrt als von ihrer leichtfertigen Mißachtung, mit den Ländern des Feindbundes, mit der nationalistischen Phrase in Verbindung gebracht wird, gewinnt es den Anschein, als handele es sich weniger um die Sache, als um Konkurrenz- und andere Absichten. Denn aufstakt alles zu vermeiden, was diese Absicht hervortreten lassen könnte, um desto mehr der Sache zu dienen, wird immer wieder mit „Feindstaaten“ und dergleichen operiert.

Die Angelegenheit hat nebenbei eine gewisse politische Bedeutung, auf die hier nicht eingegangen werden soll. Wird der Grundsatzz rein seelischen Zurückdrängens aller entbehrlichen Auslandswaren, woher sie auch kommen mögen, verlassen, und sollen „französische und englische Waren“ boykottiert werden, dann haben auch die Gewerkschaften alle Ursachen, sich gegen diesen Unternehmerboykott zu wenden, durch dessen Rückwirkung ihnen noch mehr als bisher die Arbeitsgelegenheit versperrt oder doch die Möglichkeit vermehrter Arbeitsgelegenheit verschlossen würde.

Die Boykottmacher wissen, daß sie Fenster zu schließen einwerfen. Sie verzichten deshalb zwar auf staatliche Maßnahmen zur Förderung ihrer Absichten, trösten sich aber damit, daß schließlich das deutsche Volk es ist, das die Zuge zu zahlen hat, während für sie es sich um den Profit dreht. Sollten die Gewerkschaften wieder einmal einen Boykott zu führen haben, werden sie zur Begründung einiges Material im Feldbit der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ vom 10. Juli finden.

Zum kommunistischen ABC.

„Es gehört heute zum ABC eines jeden Kommunisten, daß die Amsterdamer Internationale der gefährlichste Feind der proletarischen Revolution ist“, schreibt die „Rote Fahne“. Und in der Tat werden die kommunistischen ABC-Schützen, selbst wenn sie von der ganzen Gewerkschaftsbewegung und ihrer internationalen Verbindung keine Ahnung haben, auf dieses Sprüchlein eingeleitet. Wenn tagtäglich den Lesern der kommunistischen Presse der Satz von der „gelben“ Amsterdamer Internationale eingebläut

wird, kann ihn bald auch der Einfältigste auswendig. Führt man die kommunistische These von der proletarischen Revolution auf ihren wahren Wert zurück, vergehen wir uns, daß die Kommunisten Todfeinde jedweder Gewerkschaftstätigkeit, vielmehr darauf bedacht sind, die Gewerkschaftsorganisationen zu den Zwecken der Moskopolitik zu mißbrauchen, zu unausgeheilten Puffkationen, die sie als Einleitung ihrer „proletarischen Revolution“, der „Weltrevolution“ nach dem Moskauer Kalender betreiben, dann kann die Antisemitische Internationale nur stolz darauf sein, von dieser Seite als der gefährlichste Feind des Moskauer Größenwahns der Welt diktatur über das Proletariat bezeichnet zu werden. Die moskowitzischen Frechheiten und Begeisterungen der kommunistischen ABC-Schützen gegen die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale sind mit als Ausdruck der Ohnmacht zu bewerten, in der sich trotz des russischen Knebels die papierne „Rote“ Internationale befindet.

Die Lehrer des kommunistischen Moskauer ABC vergessen immer wieder, daß sie in den westeuropäischen Ländern weder Analphabeten noch gewerkschaftliche ABC-Schützen vor sich haben. Sie könnten sich sonst viele vergebliche Mühe ersparen.

An die Buchhandlungs-Angestellten.

Die freigewerkschaftlich organisierten Buchhandlungsangestellten (wie die Angestellten der Musikalienhandlungen usw.) versammeln sich Freitag, abends 7 1/2 Uhr, im Börsensaal des Musikvereinshauses, Kaiser-Wilhelm-Str. 31, um zu den neuen Tarifvorberungen Stellung zu nehmen und darüber zu beschließen. Zugleich soll diese Versammlung auch die weiteren technischen Arbeiten erledigen für die endgültige Durchführung der Versammlung zwischen den Ortsgruppen des Angestelltenverbandes des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgewerbes und des Zentralverbandes der Angestellten.

In der Versammlung werden reden: Hans Meyer, Erich Flatau, James Feldbrach, Afa-Bund, Orstariell Groß-Berlin.

Aus der Betriebsräte-Praxis.

§ 66 Ziffer 6 BRG, Wahrung der Vereinigungsfreiheit der Arbeitnehmererschaft.

Durch die Presse läuft folgende Notiz:

„Zur Schadenerschaftspflicht des Arbeiterrats fällt das Landgericht Dresden gegen den Arbeiterrat einer Firma ein Urteil von grundsätzlicher Bedeutung. Aus Anlaß einer Streitigkeit mit der Betriebsleitung forderte der Arbeiterrat die sofortige Entlassung eines Werkmeisters unter gleichzeitiger Streikandrohung für den Weigerungsfall. Der entlassene Werkmeister verklagte die Firma und

erzielte ein Urteil auf Zahlung einer Entschädigungssumme von 3000 M. Die Firma ihrerseits verklagte den Arbeiterrat auf Schadenersatz nach § 823 BGB. Dieser Klage gab das Gericht statt und verurteilte den Arbeiterrat als Gesamtschuldner zum Ersatz des Schadens einschließlich der Zinsen. In dem Verlangen des Arbeiterrats, den Werkmeister sofort zu entlassen, widrigenfalls ein Streik einzusetzen werde, erblickte das Gericht einen Verstoß gegen die guten Sitten. Der gerichtlich festgelegte Schaden muß von dem Arbeiterrat erlegt werden, da es sich um eine gemeinschaftliche unerlaubte Handlung im Sinne der §§ 823 und 826 Abs. 1 des BGB. handelt.“

Nach § 66 Ziffer 6 des BRG. sollen die Betriebsräte für die Wahrung der Vereinigungsfreiheit der Arbeitnehmererschaft eintreten. Es kann, wenn sie dies nicht tun, nach § 39 bzw. § 41 unter Umständen auf Antrag das Erlöschen der Mitgliedschaft eines Vertreters des Betriebsrats bzw. die Auflösung des Betriebsrats wegen groblicher Verletzung seiner gesetzlichen Pflichten durch den Schlichtungsausschuß beschlossen werden.

Die freien Gewerkschaften haben sich niemals des sogenannten „Terrors“, sondern stets der Aufklärung bedient, um unorganisierte oder gegen die Interessen ihrer eigenen Klasse handelnde Arbeitnehmer zu überzeugen. Wenn in Ausnahmefällen von den Kollegen eines Betriebes einmal anders gehandelt wird, so ist dies noch kein Grund, diese Kollegen schadenersatzpflichtig zu machen; denn es besteht ja andererseits auch für den Unternehmer kein gesetzlicher Zwang, sich einem angeleglichen Terror seiner Belegschaft zu fügen.

Bei den Unternehmern selbst und in ihren Vereinigungen ist im Gegensatz zu den bei den Arbeitnehmern üblichen Kampfmethoden der Terror eine allgemein angewandte Maßnahme, um resistente Unternehmer „zur Vernunft“ zu bringen. Die meisten Arbeitgebervereinigungen erheben hohe Konventionalstrafen, falls ein der betreffenden Vereinigung angehörender Unternehmer andere Preisabmachungen mit seinen Kunden oder bessere Lohnabmachungen mit seiner Belegschaft trifft, als sie von der betreffenden Arbeitgebervereinigung vorgeschrieben sind. Man könnte hier einwenden, daß sich die Mitglieder der betreffenden Vereinigung ja freiwillig diesen Konventionalstrafen unterwerfen bzw. dieselben anerkennen, doch ist diese „Freiwilligkeit“ meistens oder wenigstens in vielen Fällen eine sehr unfreiwillige, da insbesondere schwache Unternehmer wirtschaftlich unumgänglich gemacht würden, wenn sie sich diesen Bestimmungen nicht fügten. Der Kampf gegen Außenleiter wird insbesondere von den Kartellen, Syndikaten und Trusts mit aller Energie geführt und die dabei zur Anwendung kommenden Mittel sind nur deshalb kein Terror, weil sie in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht als solcher bezeichnet werden. Auch gegen freigewerkschaftliche Betriebsräte und Funktionäre gehen die Unternehmer allenthalben mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln vor, nur daß die Gründe, die zur

Maßregelung solcher Kollegen führen, von den Unternehmern nicht ausgesprochen, sondern meistens ganz andere Motive vorgebracht werden. Auch die heute noch nicht ausgestorbenen „Schwarzen Listen“ über freitrende oder sonstwie den Unternehmern unangenehme Arbeitnehmer sind letzten Endes weiter nichts als Terror.

Die Betriebsräte sollten sich bei der Ausübung ihrer gesetzlichen Funktionen an das Betriebsrätegesetz halten, damit ihnen nicht aus einem Verstoß gegen ihre gesetzlichen Pflichten Nachteile erwachsen können.

Den Unternehmern und der bürgerlichen Presse, die über den „Terror“ der Arbeitnehmer schreiben, sollten jedoch die vorangeführten Tatsachen stets vor Augen gehalten werden, denn in Wirklichkeit wird der Terror nicht von den Arbeitnehmern, sondern in allerdings legalisierter Weise von den Arbeitgebern in weitestgehendem Maße nicht nur gegen die Arbeitnehmer, sondern auch unter sich selbst geübt.

Klassenarbeiter, Vertrauensleute, Generalversammlungsdelegierte, Betriebsräte, Betriebskomitee, Donnerstag 3 Uhr, Versammlung im großen Saal, Reichsbankhof, Reichenberger Straße 147. Die Branchenleitung.

Gewinn-Auszug

18. Preuß.-Südd. (244. Preuß.) Klassen-Lotterie

1. Klasse 1. Ziehungsstag 12. Juli 1921

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Kasse gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Classé Gewinn.	Nachdruck verboten.
In der Formittagsziehung wurden Gewinne über 200 Mark gezogen	
2 zu 125000 M 126457	
4 zu 1000 M 122702 248049	
2 zu 800 M 221742	
4 zu 400 M 107471 158642	
15 zu 300 M 78373 94297 110498 113641 161156 169174 176427 226468 269210	
In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 100 Mark gezogen	
2 zu 50000 M 8877	
2 zu 10000 M 266281	
2 zu 800 M 105196	
8 zu 400 M 172240 173700 186528 245145	
14 zu 300 M 4189 12812 41050 67020 122498 167754 209158 280998 99970 217401 241987 261398	

Verantw. für den Inhalt: Leitf. Dr. Werner Feiler, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Wiedt, Berlin, Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Text: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin.

LAUSE nebst Nissen, Wanzen, Motten, Flöhe, Schwaben werden radikal vernichtet durch **PFEIFFEROL**

Erhältlich in Apotheken und Drogerien. Apotheker Otto Pfeiffer & Pächler, Berlin N. 63, Schulstraße 16.

Lombard-Haus (Umschaltbar) H. Graff, Leipz. Str. 75 II Höchstes Belohnung Diskret., Reelles Gelegenheitskäufe, Uhren, Brillanten, Schmucksachen. 10-50% unter Ladenpr.

Prismen-Feldstecher besond. Zeiss u. Goerz werden ständig angekauft **Photographen-Steckelmann** Berlin W 9, Potsdamer Str. 138

Brillanten, Juwelen kauft auch ganze Nachlässe besonders große Posten gute Ware, zum höchsten Kurs. Amsterdamer Diamantenschleifer Oegr. 1892, 160 Friedrichstr. 160

Künstliches Hörsinnen-Institut „Recipe“ Adolphstraße 12a am Krematorium behandelt gewissenhaft innere und äußere Krankheiten Sprechz. tägl. 9-7, Sonntags 9-1 Uhr. Kulante Zahlungsbedingungen. Günstige Fahrgelegenheit.

Schlechtsitzende Korsette

wenden nach jeder Figur, passend unter Garantie, tadellos umgearbeitet

Reparaturen, Änderungen u. Korsettwäsche jeglicher Art übernimmt u. führt äußerst preiswert aus

Korsettfabrik Richard Necke

1. Geschäft: Berlin - Karlshorst, Teeskow-Allee 83
2. Geschäft: Berlin - Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 30
3. Geschäft: Berlin, Kommandantenstr. 28 Ecke Alte Jakobstraße 124B

Zähne von 5 M. Erstkl. Ausführung, 3 Jahre Garantie. Umarbeitg. alt Gebisse. Reparaturen sofort. Goldkronen-Grücken, Teilzahl. 9-7, Sonnt. 9-1.

Hempel, Dentist, Lindenstr. 220, nahe Schönhauser Tor.

Zähne v. 8 M. Teilzahlung. J. Garant. Kronen in M. Plomb. 3-7. Zahnziehen in Einspr. höchst schmerzlos. Umarb. schlechtz. Gebisse. Rep. sof. Zahnarzt Dr. W. 117, Potsdamer Str. 55, Moeb. Sprechz. 6-7.

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!

Als Selbsthersteller liefere ich in **Qualität** und Preis einzig dastehend

Trauringe

1 Trauring, Duk. g. von 75 M. an
1 1/2 Duk.-Trauring 240 M.
1 Ring, 585 gest. von 60-180 M.
1 Ring, 333 gest. von 30-100 M.

Garantiescheine l. gesetzl. Goldinhalt.

Ankauf v. Gold-, Silber-, Platinbruch infolge Selbstverwertung zu denkbar günstigen Preisen!

Brillanten zum Auslandskurs.

M. Wiese, Juwelier, Artilleriestr. 80, Norden 1030 Telefon: 1030

Beginn des Saison-Ausverkaufs Montag, den 11. Juli

Unser Lager beträgt: 20000 Paar

Herren-, Damen- u. Kinderstiefel und Halbschuhe in schwarz, braun u. andern Farben

Da wir unser kolossales Lager schnell räumen müssen, bringen wir unserer werten Kundschaft zum Saison-Ausverkauf so unerbötlich billige Preise, dass niemand versäumen soll, sich schnell 1 Paar Schuhe zu kaufen.

Alles hier anzuführen, ist unmöglich, wir haben in unseren 11 Schaufenstern noch viele Sachen zu noch billigeren Preisen ausgestellt. Sehen Sie sich unsere Schaufenster an. Des großen Andrangs wegen bitten wir, möglichst vormittags zu kaufen.

Einige Beispiele:

<p>Serie I.</p> <p>Damenstiefel, mit und ohne Lackkappen Halbschuhe in verschieden Sorten Herrenstiefel, schöne breite Form</p> <p>69⁵⁰</p> <p>Alles moderne Fassons.</p>	<p>Serie II.</p> <p>Braun u. grau Hochschaffstiefel Braun Chevreau-Halbschuhe Lack-Schnür- u. Spangenschuhe Lack-Hochschaffstiefel Braun Herrenstiefel, echt Chevreau Echt Rindbox-Herrenstiefel, gute Lederverarbeitung.</p> <p>98⁵⁰</p> <p>Alles moderne Fassons.</p>	<p>Serie III.</p> <p>Ganz feine Luxus-Damenschuhe in Lack, braun Chevreau, mit rostbraun Samtkalbeinsatz, z. Schnüren, braun Chevreau- und Lackspangenschuhe, Lackschickschuhe, sowie der neue Gummizugschuh u. der neue römische Spangenschuh. Alles feinleine Sachen mit L. XV. und amerik. Absatz.</p> <p>135⁰⁰</p>	<p>Serie IV.</p> <p>Allerfeinste Luxus-Halbschuhe in braun, grau und beige Samtkalb, zum Schnüren, mit einer Spange, mit Lasche, sowie der neue 3-Spangenschuh und der neue spitze Zugschuh in braun Chevreau, feinfines Fabrikat. Die allerneuesten Modenschlager mit L. XV. Absatz</p> <p>155⁰⁰</p>	<p>Leinenschuhe 29.- sehr gutes Fabrikat, z. Teil mit kleinem Fehler Dieselben zum Schnüren, alles moderne Sachen mit hohem Absatz 39.-</p> <p>Herrenstiefel kräftiges Spaltleder 45.-</p> <p>Braun Boxrind-Stiefel 158.- u. Halbschuhe 158.-</p> <p>Original-Goodyear Welt 145.- sehr gutes Fabrikat 168.-</p> <p>Tramaseidene Damenstrümpfe 45.-</p>	<p>Kinderstiefel 29.- kräftiges Militärleder 27-30 39.-, 31-35 45.-, 25-26</p> <p>Echt Boxrind, gute Lederverarbeitung, ganz breite Form, 31-35 79.50, 27-30 69.50</p> <p>Braun Box calf 79.50 31-35 89.50, 22-30</p> <p>Knabenstiefel 36-39 (Echt Rindbox 98.50) 69.-</p> <p>Sandalen 25-26 27-30 29.-, 30-35 36.-, 36-39 39.- 25.-</p> <p>Turnschuhe 23-26 12.50 mit Cromledersohle 27-30 14.50, 31-35 18.50, 36-39 24.50.</p>
--	--	---	--	--	--

Grossdetail-Schuh-Lokal - Behrndt

Münzstr. 25 Zweiggeschäft: Frankfurter Allee 54
Untergrundbahnhof Alexanderplatz